

Lauter Geldverschwender

29.07.2018 | [Manfred Gburek](#)

Mein heutiger Beitrag handelt, exemplarisch am Fall Daimler und am Umgang mit unseren Steuergeldern aufgehängt, von unfähigen Konzernchefs und feigen Politikern. Die Schlagzeilen dazu werden uns weiter begleiten, ob wir wollen oder nicht. Allerdings können wir ihre Wirkung auf uns einschränken, indem wir eigene Wege gehen. Dabei erweist sich die Vergangenheit als wertvoller Lehrmeister.

Daimler wird zur Holding, ließ Vorstandschef Dieter Zetsche am vergangenen Donnerstag verlauten. Falls Sie nicht Angestellter, Zulieferer oder Aktionär des Autokonzerns sind, fragen Sie sich jetzt wahrscheinlich: Na und, was bedeutet das für mich? Um gleich die passende Antwort zu geben: Mehr, als Sie auf Anhieb glauben. Denn erstens ist aus dem einstigen Vorzeigekonzern (seinerzeit mit der Deutschen Bank als Großaktionärin) auf unglaubliche Weise ein Schatten seiner selbst geworden, und zweitens ist sein Niedergang (mit Kuwait und einem chinesischen Konzern als aktuellen Großaktionären) symptomatisch für große Teile der deutschen Industrie.

Erinnern Sie sich noch an Edzard Reuter? Er wollte aus der einstigen Daimler-Benz AG einen integrierten Industriekonzern schmieden. Daraus entstand aber nur ein Sammelsurium mit so unterschiedlichen Konzernteilen wie MBB und AEG, die tiefe Löcher in die Kasse rissen. Danach wollte es Reuters Nachfolger Jürgen Schrempp besser machen, indem er die Welt AG ausrief und wieder für eine Namensänderung sorgte: DaimlerChrysler AG. Doch im Lauf der Zeit erwies sich auch dieses Konstrukt als gigantischer Flop. Schrempp musste das Lenkrad an Zetsche übergeben, Chrysler flog raus, und nun heißt der Konzern Daimler AG.

Was mich an dieser Geschichte am meisten ärgert: Dass die Vorstände mit Einwilligung der jeweiligen Aufsichtsräte jahrzehntelang riesige Summen für ihr Missmanagement kassierten, ohne dafür bestraft zu werden. Zwischendurch wurde auch mal nach Gusto gelogen, und jetzt fehlt das Geld, um genug für die Zukunft zu investieren - eine aus Daimler-Sicht ungewisse Zukunft, denn Konkurrenz droht nicht allein aus der Autoindustrie, sondern auch von Internetkonzernen wie Amerikas Alphabet (Google) oder von Batterieherstellern wie Chinas CATL, Kooperationspartner des Daimler-Konkurrenten BMW.

Milliarden-Verschwender aufseiten der Konzerne sind eine Sache, aufseiten der öffentlichen Hand eine andere. Nur noch ab und zu dringt durch die Medien, dass am längst noch nicht fertigen Berliner Flughafen zulasten der Steuerzahler schon wieder eine Milliarde für sinnlose Anlagen draufgegangen ist - man will es nicht mehr so genau wissen, und Mitverantwortliche wie Klaus Wowereit oder Hartmut Mehdorn haben sich längst aus dem Staub gemacht.

Die Hamburger Elbphilharmonie wird allseits in höchsten Tönen gelobt; dass Steuerzahler auch für sie blechen müssen, gerät darüber allzu leicht in Vergessenheit. Neulich verfolgte ich im Fernsehen gespannt eine Dokumentation zum Pleitebahnhof Stuttgart 21. Ihr Fazit war niederschmetternd: Es gibt kein Zurück, koste es, was es wolle.

Das alles erinnert mich unter anderem an den Prachtbau von Ludwig II in Neuschwanstein: Der bayerische König musste unter ominösen Umständen sein Leben im Starnberger See lassen. Und die Geldverschwender von heute, seien es Konzernchefs, seien es Politiker? Sie leisten sich einfach teure Rechtsanwälte, nur verschwindend wenige von ihnen landen im Gefängnis, und besonders freche drehen sogar den Spieß um, nach dem Motto: Die aus aller Welt stammenden Eintrittsgelder für Neuschwanstein machen längst ein Vielfaches der Baukosten aus.

Gleiches sei von der Elbphilharmonie zu erwarten, und der Berliner Flughafen oder der Stuttgarter Bahnhof brächten auch irgendwann einen Gewinn, ihre Kritiker sollten sich nicht so anstellen.

Pech für Deutschland, dass all diese Missstände in eine Zeit fallen, die von einer gefährlichen Lethargie geprägt ist. "Uns geht es so gut wie lange nicht mehr", ist allzu oft vor allem aus regierungsnahen Kreisen zu hören. Mit dem Wort "uns" meinen sie zwar die Bevölkerung, aber in Wahrheit verwechseln sie da etwas: "Die Bevölkerung" gibt es nicht, es gibt nur die zahlenmäßig kleine Gruppe der Reichen, die unter viel zu hohen Steuern leidende Mittelschicht und die wachsende Schar der Armen. Politiker bemühen sich in erster Linie um die beiden zuletzt Genannten, sei es mit Rentenerhöhungen, sei es, indem sie das Blaue vom Himmel versprechen.

Neulich habe ich mir den Kommentar eines WDR-Redakteurs angehört, der zur besten Fernseh-Sendezeit den sogenannten politischen Rechtsruck in Deutschland kritisierte - ohne mit einer einzigen Bemerkung die AfD zu erwähnen. Sein Geschwafel endete mit dem symbolischen erhobenen Zeigefinger und der Bemerkung, der Rechtsruck komme aus der Mitte der Gesellschaft, man solle doch bitteschön mehr darauf achten - Belehrungs-Journalismus der schlimmsten Sorte. Ursachenforschung? Fehlanzeige. Von öffentlich-rechtlichen Sendern erwarte ich gründliche Analysen statt aus Steuergeldern bezahlten Meinungsterror. Doch davon sind wir weit entfernt.

Derweil nutzen Politiker der Regierungsparteien und der Opposition die parlamentarische Sommerpause, um an Profil zu gewinnen. Dabei ist ihnen kein Thema zu schade, sei es, dass sie sich an US-Präsident Donald Trump reiben, sei es, dass sie

dem deutsch-türkischen Fußballspieler Mesut Özil die Leviten lesen. Und sonst? Uns geht es angeblich ja so gut, siehe oben. Doch damit wird leider der Blick in die Zukunft verklärt. Denn schon, wenn wir etwas genauer hinsehen, zeigt sich, was im Argen liegt: Die Bundesregierung hat vor lauter Opportunismus versäumt, sich für härtere Zeiten vorzubereiten. Und die zu erwartenden Folgen der Masseneinwanderung, die uns teuer zu stehen kommen, werden einfach ignoriert.

Dass die Zeiten nicht mehr so rosig sind wie noch vor einem halben Jahr, ergibt sich aus der Wachstumsprognose der Bundesbank vom Juni: nur 2,0 statt 2,5 Prozent Wachstum in diesem Jahr. Ihr Präsident Jens Weidmann legte am 6. Juli nach, als er die Bundesregierung ermahnte, sich auf schlechte Zeiten vorzubereiten - mit einem Argument, gegen das kein Kraut gewachsen ist: Wenn die Konjunktur schwächelt, hat die EZB wegen ihrer Nullzinspolitik nichts in der Hand, um sie mit einer Zinssenkung auf Trab zu bringen.

In diesem Fall, so Weidmann, müsse die Bundesregierung mit ihrer Fiskalpolitik einspringen. Dann werde sich jedoch zeigen, dass ihr Spielraum dafür wegen der früheren Verteilung von Wahlgeschenken nur noch minimal ist.

Was ist die gemeinsame Klammer, die das Daimler-Desaster mit dem Berliner Flughafen, den Pleitebahnhof Stuttgart 21 mit dem Belehrungssender WDR, die Özil-Affäre mit der Fiskalpolitik der Bundesregierung verbindet?

Eine besonders plausible Antwort: Die Unfähigkeit der unternehmerischen und der politischen Kaste, die sich jeweils gern als Elite bezeichnet, Verantwortung zu übernehmen, für Fehler geradestehen und für eine nicht mehr allzu rosige Zukunft vorzusorgen. Daraus folgt: Verlassen Sie sich noch mehr als bislang auf Ihre individuellen Fähigkeiten, handeln Sie konsequent danach und lassen Sie sich weder von selbstherrlichen Konzernherren noch von opportunistischen Politikern ein X für ein U vormachen.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Neu bei gburek.eu: Was bringt die Zukunft?

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet: <https://www.goldseiten.de/artikel/384391--I-a-uter-Geldverschwender.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2019. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).